

## Wahrheit und Versöhnung ?

### Zum Umgang mit der DDR-Geschichte

Hans Bauer, Dr. Reinhard Grimmer, Karl Rehbaum, Wolfgang Schmidt

Neue und ungewohnte Töne waren in der Bundestagsdebatte am 27.09.2018 zu vernehmen. Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Christian Hirte, schätzte ein: *„Differenzen, die wir in ganz Europa wahrnehmen, ziehen sich ein Stück weit auch durch unser Land. Nicht alles können wir dabei mit 40 Jahren SED-Diktatur erklären, sondern hier wirken die Erfahrungen der 90er Jahre noch immer nach. Nicht alles, was in dieser Zeit geschah, war segensreich.“*

Der Ostbeauftragte der SPD und sächsische SPD-Vorsitzende Martin Dulig stellte fest: *„Die Nachwendezeit ist vorbei, ihre Aufarbeitung beginnt aber erst jetzt. Es war ein zentraler Fehler, über die damaligen Umbrüche, die Kränkungen und die Ungerechtigkeiten nicht öffentlich zu debattieren. Es wird Zeit, über die Form und Fehler des Systemwandels zu sprechen, der damals unter marktradikalen Vorzeichen ablief. Ich habe daher vorgeschlagen, eine gesamtdeutsche Wahrheits- und Versöhnungskommission einzusetzen.“* (Vgl. „Das Parlament“ Nr. 40-41 vom 01. Oktober 2018 – Debattendokumentation).

Auch ein Insider der Aufarbeitungsindustrie, BStU-Mitarbeiter und Bewerber für einen freiwerdenden Posten in Berlin-Hohenschönhausen, Ilko-Sascha Kowalczyk, meldete sich in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. Er führte u.a. aus: *„Diese Geschichte von Leid, Opfern, Unterdrückung und Widerstand erreichte die Gesellschaft nicht, es war nicht ihre Geschichte, noch schlimmer:*

*Es wurde nicht ihre Geschichte ... Aufarbeitung muss den Menschen gerecht werden, nicht den Aufarbeitern. Die DDR-Aufarbeitung sollte nun, fast dreißig Jahre nach dem Mauerfall, beginnen, die ganze Palette der DDR-Gesellschaft und die Transformationsgeschichte verknüpft zu erzählen. In dieser Aufarbeitung müssen alle Erfahrungsräume Platz finden“* (SZ vom 22. 10. 2018).

Solche Einsichten kommen nicht von ungefähr. Sie sind nur vor dem Hintergrund des sichtbaren Vertrauensverlustes der Regie-

rungsparteien, der sich vertiefenden Spaltung der Gesellschaft und des unaufhaltsamen Vormarsches rechtspopulistischer Kräfte – besonders in Ostdeutschland – zu erklären. Ob es sich dabei um Beschwichtigungsversuche, politisches Taktieren oder gar um einen Neuanfang bei der Betrachtung der Geschichte der DDR handelt, wird sich zeigen, z.B. auch daran, ob der angedachte Kulturwandel in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen neben der Vermeidung sexueller Übergriffe auch dazu führt, wenigstens ein Minimum an Seriosität herzustellen und auf offenkundige Lügen, Verleumdungen und einen öffentlichen Pranger für ehemalige Angehörige des MfS zu verzichten.

Auf den Prüfstand gehört aber zweifellos eine Behörde, die seit 1990 weit mehr als zwei Milliarden Euro an Steuergeldern (mehr als das 80-fache der Ausgaben für die „Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen“) verschlungen hat, die Behörde des Bundesbeauftragten für die „Stasi-Unterlagen“.

Die GRH hat 21 Fragen zu Sinn, Aufgaben und zur Zukunft dieser Einrichtung formuliert, die zugleich grundsätzliche Fragen des künftigen Umgangs mit der DDR-Geschichte sind. Diese Fragen, wie auch das entsprechende Anschreiben nachfolgend dokumentiert, wurden am 21.06.2018 an den Leiter dieser Behörde, Roland Jahn, und als Kopien der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Katrin Budde, dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Stephan Brandner, und dem Wissenschaftlichen Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, Prof. Dr. Klaus Schröder, zugesandt.

Am 19.10.2018 fand ein Gespräch statt, zu dem Roland Jahn eingeladen hatte und an dem Hans Bauer, Dr. Reinhard Grimmer, Karl Rehbaum und Wolfgang Schmidt teilnahmen. Allein, dass dieses Gespräch überhaupt stattfand, ist eine kleine Sensation, hatten doch die Vorgänger von Roland Jahn solche Gespräche stets abgelehnt und Angehörigen des MfS jegliche Berechtigung abgesprochen als Zeitzeu-

gen an der Aufarbeitung der Geschichte der DDR und des MfS teilzunehmen.

Niemand konnte erwarten, dass es in diesem Gespräch zu einer ideologischen Verbrüderung zwischen den Gesprächspartnern kommen könnte. Fundamentale Gegensätze wurden nicht geleugnet. Trotzdem waren in dem etwa einstündigen Gespräch, welches sachlich und offen geführt wurde, auf die uns vor allem bewegende Frage, wie lange noch die BStU die „Aufarbeitung“ in der bekannten Art fortsetzen will, von Roland Jahn überraschende Einschätzungen und Feststellungen zu vernehmen.

Angesichts der Spaltung der Gesellschaft und des wachsenden Einflusses rechtsextremistischer Tendenzen sei ein politischer Diskurs notwendig, an dem sich auch die ehemaligen Angehörigen des MfS beteiligen sollten. Diese Beteiligung sollte nicht an demütigende Bedingungen geknüpft werden. Es sei besser von Verantwortung als von Schuld zu sprechen. Sicher wäre niemand Mitarbeiter des MfS geworden, weil er Menschen quälten wollte. Das „Täter-Opfer-Klischee“ sei für das Geschichtsverständnis ungeeignet. Notwendig sei der Respekt vor den Biografien der Menschen. Auch müsse die Geschichte in der Wechselwirkung der Aktionen der beiden deutschen Staaten verstanden werden.

Erwartungsgemäß wurden die aufgeworfenen 21 Fragen nicht beantwortet und eine Beantwortung auch nicht in Aussicht gestellt. Mit ihrer Publikation machen wir sie nunmehr öffentlich. Ebenfalls veröffentlichen wir einen Brief an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Frau Prof. Monika Grütters, in dem zum angestrebten Kulturwandel in der Gedenkstättenarbeit Stellung genommen wird.

Wir sehen mit diesen Initiativen einen Beitrag, 28 Jahre nach dem Ende der DDR endlich zu einem sachlichen und vernünftigen Umgang mit der DDR-Geschichte zu kommen und die Ausgrenzung großer Gruppen der DDR-Bevölkerung in der heutigen Gesellschaft zu überwinden.

**Glück und Friede  
Über die kommenden  
Feiertage hinaus  
sei beschieden**

alle denen, die dafür  
eintreten, dass diese  
Botschaft nicht verhallt.

Die Redaktion von  
**ISOR aktuell** weiß sich mit  
ihren Lesern darin einig und  
wünscht ihnen und allen  
Friedfertigen, dass wir dabei im  
Jahr 2019 vorankommen.

## Das gesamte Material mit den schriftlichen Fragestellungen ist auf den Internetseiten von GRH, ISOR und OKV zugänglich gemacht und von weiteren Organisationen publiziert worden.

Mit **ISOR aktuell** 12/18 erhalten alle TIG ein Exemplar einer Broschüre „Wahrheit und Versöhnung?“, in der die 21 Fragen an den „Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen“ dokumentiert sind. Diese gedruckte und gebundene Broschüre wird jetzt an politische Entscheidungsträger (Fraktionen und Ausschüsse des Bundestages, der ostdeutschen Landtage und des Abgeordnetenhauses von Berlin), Exponenten der „Aufarbeitungsindustrie“ (BStU, Stiftung SED-Diktatur, Gedenkstätte Hohenschönhausen) sowie Medien und Presseorgane versandt. Da Herr Roland Jahn voraussicht-

lich noch im Dezember 2018 ein Konzept zur Zukunft seiner Behörde vorlegen möchte, bieten wir diese Broschüre als Denkanstoß und Entscheidungshilfe an.

Für den vereinsinternen Gebrauch kann diese Broschüre als ungebundene GRH-Information zur Verfügung gestellt werden. Bestellungen sind - bitte gesammelt für die einzelnen TIG - über die Geschäftsstelle telefonisch, per E-Mail oder Post möglich. Dabei sollte die gebundene Broschüre vorzugsweise für Partner außerhalb von ISOR, die inhaltlich identische ungebundene GRH-Information intern für unsere Mitglieder verwandt werden.

### Aus der Arbeit des Vorstandes

Horst Parton gab eine Einschätzung zur aktuellen politischen Lage, bei der er insbesondere die letzte Bundestagsdebatte zu Rentenfragen auswertete. Der Vorstand diskutierte und bestätigte ein Schreiben an den Minister für Arbeit und Soziales, Heil, in dem bezugnehmend auf unser Schreiben vom 2. Mai 2018 erneut Vorschläge zur abschließenden Regelung der strittigen Vorschriften der §§ 7 und 6 (2) des AAÜG und des Rentenüberleitungsabschlussgesetzes unterbreitet werden.

\*

Prof. Dr. Horst Bischoff teilte mit, dass nach einschlägigen Regelungen für VP-Angehörige

in den Ländern Brandenburg, Berlin und Sachsen-Anhalt erneut mit aktiver Unterstützung von Abgeordneten der Partei DIE LINKE in den Landtagen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen analoge Entscheidungen angestrebt werden.

\*

Joachim Bonatz informierte über seine Teilnahme an einer eindrucksvollen Mitgliederversammlung in der TIG Suhl am 3. November, die durch den Vorstand der TIG außerordentlich gut vorbereitet und gut besucht war. An ihr nahmen zahlreiche Vertreter anderer Organisationen sowie Vertreter der Partei DIE LINKE als Gäste teil. Joachim Bonatz sprach über aktuelle Fragen der Arbeit des OKV und von ISOR und informierte insbesondere über

Gegenstand und Verlauf der Rechtssatzbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Der Landesbeauftragte von ISOR für Thüringen, Hartmut Schuchardt, informierte die Mitglieder über Gespräche auf der Ebene der Landesregierung.

Joachim Bonatz hob in seinem Bericht die rege, von Zusammenarbeit und Zusammenhalt der Mitglieder geprägte Diskussion hervor und betonte die aktive, inhaltliche Beteiligung auch der Vertreter anderer Organisationen an der Diskussion.

Der Vorstand der TIG teilte mit, dass für die Rechtssatzbeschwerde Spenden in Höhe von 1.245 Euro übergeben wurden.

\*

## ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Das Gebot der Stunde wird von immer mehr Menschen, Gruppen und Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland verstanden. Friedensbewegung, Gewerkschaften und die Kirchen mobilisieren, um dem Rüstungswahnsinn Einhalt zu gebieten. Die Lesungen im Bundestag zum Haushalt 2018/19 waren Veranlassung, in der Zeit vom 1. bis 4. November dieses Jahres überall in der Republik dezentral auf die Straße zu gehen, zu protestieren und Widerstand zu zeigen. In mehr als 50 Städten kam es in dieser Zeit zu solchen Aktionen.

Die Berliner Friedenskoordination rief zu einer Unterschriftensammlung am 3.11. auf, die an 21 unterschiedlichen Plätzen stattfand. In zwei Stunden wurden ca. 1000 Unterschriften unter dem Appell gesammelt.

Erstmals in Berlin gestaltete ISOR verbunden mit Freunden von „Rotfuchs“ e. V. drei Stände, an denen Informationsmaterial der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“, der RotFuchs und die Dokumentation „Soldaten für den Frieden“ verteilt und Unterschriften gesammelt wurden. Zwölf Freunde sammelten über 100 Unterschriften, führten Gespräche mit Bürgern und gewannen Unterstützer. Wenn das auch erst ein Anfang war, zeigt er doch, dass wir akzeptiert werden und unser Engagement für den Frieden Beachtung findet. Sicher haben Freunde aus anderen TIG gleiche oder ähnliche Erfahrungen gesammelt.

Informiert uns und lasst uns den Weg unbeirrt weitergehen.

**Hans-Joachim Friedrich**



Bilanz, künftige Aufgaben und Neuwahlen, ein umfangreiches Programm für die Teilnehmer an der Mitgliederversammlung der **TIG Leipzig** am 27. Oktober 2018. Wie immer mit Gästen aus den umliegenden TIG, unserem Landesbeauftragten und Vertretern verbündeter Parteien, Vereinen und Organisationen.

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes verdeutlichte noch einmal die Bedingungen, unter denen wir unsere Aktivitäten ausrichten mussten. Dazu zählen insbesondere die Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden und die nach der Mitgliederbefragung zur Zukunft von ISOR entstandene Situation, aber auch das gemeinsam Erreichte und die weiteren Erfordernisse aus den Orientierungen der Vertreterversammlung vom Juni 2017 und zur Realisierung der Führungskonzeption vom Dezember 2017.

Wir mussten uns der Tatsache stellen, dass sich nur 50 Prozent unserer Mitglieder für ein Weiterbestehen von ISOR als einheitliche Solidargemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR entschieden hatten. Kritisch schätzten wir ein, dass es nicht in allen Gruppen gelang, die Mitglieder zu überzeugen, gemeinsam den Kampf und die Solidarität weiterzuführen und eine „jetzt erst recht Mentalität“ zu erreichen. Neben Austritten entstanden durch gesundheitliche Probleme und Todesfälle empfindliche Lücken im Mitgliederbestand bis in die Reihen der Betreuer/Kassierer und Vorstandsmitglieder. Das erforderte Umstrukturierungen in der TIG und Neubesetzung von Leitungsfunktionen auch in den Vorständen. Während in den jetzigen fünf von vorher acht Untergruppen Lösungen gefunden und durch Wahlen in den UG bestätigt wurden, gelang uns das für den neuen Vorsitzenden der TIG noch nicht. Peter Kurze, als langjähriger Vorsitzender und Beiratsmitglied, musste aus gesundheitlichen Gründen seine Funktionen niederlegen, steht uns aber mit seinen Erfahrungen als Vorstandsmitglied weiter zur Seite. Wir dankten ihm für seinen persönlichen Beitrag zu den Ergebnissen unserer Solidargemeinschaft und gratulierten zur Auszeichnung als Ehrenmitglied von ISOR, die ihm vom Vorstandsmitglied ISOR und Landesbeauftragten überreicht wurde.

Die im Rechenschaftsbericht enthaltenen Aussagen über Aktivitäten und Erfahrungen in Vorstandsarbeit und Vereinsleben sind Anknüpfungspunkte für die weitere Arbeit.

Dabei übersehen wir nicht Unterschiede und Differenzierungen, besonders beim Anteil an Spenden- und Unterschriftenaktionen. Realistisch müssen wir auch einschätzen, dass verringerte Mitgliederzahl und altersmäßige Einschränkungen mit sich bringen, dass manche Aufgaben nicht mehr so umfangreich und zügig erledigt werden können.

Hilfreich für die Organisation unserer Arbeit waren und sind die Hinweise und Orientierungen des Vorstandes der ISOR e.V., sei es durch Beratungen in Berlin oder beim Landesbeauftragten Horst Eismann, persönlich vor Ort und durch Veröffentlichungen in **ISOR-aktuell**. Wir bedanken uns dafür und bauen auch künftig darauf.

Beispiele für zielgerichtete Vereinsarbeit sind unsere Mitgliederversammlungen und jährlichen Funktionärsberatungen zu ausgewählten Themen unter Einbeziehung kompetenter Gastreferenten. Aufbauen können wir auf den Beziehungen und abgestimmten Aktivitäten mit Vereinen und Verbänden des OKV wie GRH, Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR, Rotfuchs-Förderverein. Gemeinsame Veranstaltungen bzw. Teilnahme von ISOR-Mitgliedern sind Ausdruck gegenseitiger Solidarität. Gelebte Solidarität erweist sich auch in Spenden- und Solidaritätsaktionen und Unterschriftensammlungen. So sammelten zum Beispiel zur Finanzierung der Rechtsatzverfassungsbeschwerden unsere Mitglieder bisher 797,50 Euro. Aktive ehrenamtliche Tätigkeit leisten viele in unterschiedlichen Gremien. Besonders deutlich wird das nicht zuletzt durch vielfältige Unterstützung der Partei DIE LINKE durch unsere Mitglieder, von denen einige stellvertretend im Rechenschaftsbericht genannt wurden. Bei Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Stadtverbandes und in der AG Senioren war es uns möglich, Aufgaben und Ziele von ISOR zu erläutern und um Unterstützung zu bitten. Wir haben unsere Mitglieder darauf orientiert, ihren Beitrag für einen starken Stadt- und Landesverband der Linken, besonders im Hinblick auf Kommunal- und Landtagswahl in Sachsen 2019 zu leisten.

Unvermindert Zuspruch und nicht mehr wegzudenken aus dem Vereinsleben sind die monatlichen Wandertreffs seit nunmehr 20 Jahren. Der Gedankenaustausch unter Gleichgesinnten wird auch von den Teilnehmern geschätzt und weiter genutzt, die nicht mehr ISOR angehören.

Gedanken- und gegenseitiger Informationsaustausch, eigene Meinungsbildung und Übermittlung aktueller Nachrichten aus unterschiedlichen Quellen werden gefördert durch die vom Vorstandsmitglied H.-Jürgen M. ausgewählten und per Mail verbreiteten Meldungen. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang die Beiträge im monatlichen Mitteilungsblatt **ISOR aktuell**. Sie enthalten die Positionen unseres Solidargemeinschaftsverbandes zum politisch-aktuellen Geschehen, Initiativen und Stand zur Verwirklichung der Führungskonzeption und Erfahrungen, aus denen eigene Schlussfolgerungen abgeleitet werden können.

Dank der zuverlässigen Arbeit der Funktionäre, Kassierer und Betreuer wurden die finanziellen Aufgaben der TIG ohne Beanstandungen erfüllt. Den Nachweis erbrachte der Finanzbericht des Hauptkassierers.

Ein herzlicher Dank des Vorstandes galt den Mitgliedern und Funktionären der TIG für ihre Solidarität und Mitarbeit und den Gästen für die Unterstützung und Zusammenarbeit. Eine Anzahl verdienstvoller Mitglieder wurden mit der Ehrenurkunde bzw. Sachgeschenk ausgezeichnet.

Die künftigen Erfordernisse unserer Arbeit haben wir im Beschluss, den alle Mitglieder mit einer TIG-Info erhalten, festgelegt. Ausgehend von einer planmäßigen, sachkundigen und kritischen Vorstandsarbeit richten wir unsere Schwerpunkte auf die Arbeit mit den Mitgliedern, besonders den persönlichen Kontakt, das einheitliche und geschlossene Handeln aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und Erhaltung des Friedens und den Ausbau solidarischer Beziehungen und Unterstützung gemeinsamer Aktionen entsprechend der Willenserklärung des OKV vom 3. Oktober 2018. Das fand bereits seinen Ausdruck in der Teilnahme einer Reihe unserer Mitglieder bei der von der Bewegung „Aufstehen“ und Friedensinitiativen organisierten Kundgebung und Demo am 3.11.2018 in Leipzig unter dem Thema „Abrüsten statt Aufrüsten“ und „Würde statt Waffen“.

In ihren Diskussionsbeiträgen betonten unsere Gäste die notwendige enge Zusammenarbeit als Grundlage weiterer Erfolge, begründeten die Bedeutung des Kampfes um Frieden, sozialen Fortschritt und Verhinderung rechter Mehrheiten und untermauerten das mit Beispielen aus Geschichte und Gegenwart.

Diese Erfahrungen gehören mit zu den künftigen Inhalten unserer Arbeit auf der bestätigten Grundlage der Mitgliederversammlung von Rechenschafts- und Finanzbericht des Beschlusses und der Zusammensetzung des neuen Vorstandes.

**Siegfried Lorenz**

### Thema in der TIG Quedlinburg:

Mit dem Referenten und Gesprächspartner Professor Dr. Rolf Hecker von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin weilte prominenter Besuch in Quedlinburg.

Den Freunden der TIG Quedlinburg, und Aschersleben, LINKEN-Mitgliedern aus dem Harzkreis, dem Rosa-Luxemburg-Club Harz und Sympathisanten aus der Wirtschaft bot seine Bilanz zum Marx-Jahr 2018 die einzig richtige Erkenntnis: Marx ist auch im 200. Jahr aktuell, aktueller, denn je!

Klar, es gibt viele Fragen, die beantwortet werden müssen. Der renommierte Wissenschaftler bewies in seinem Vortrag, dass der Marxismus eine lebendige Wissenschaft ist, also nicht eine abgeschlossene, sondern eine, die in jeder historischen Etappe neue Fragen zu beantworten hat.

Verändert haben sich die Dimensionen der Konzentration des Kapitals und damit des gesellschaftlichen Widerspruchs zwischen Arm und Reich. Profitmaximierung ist nach wie vor die Triebfeder kapitalistischer Produktionsweise auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Wir erleben das täglich in der Jagd um Maximalprofit.

Prof. Hecker, Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften Berlin, Gastprofessor an der Renin Universität in Peking hat den Teilnehmern deutlich gemacht, dass er mit der Entwicklungsgeschichte der politischen Ökonomie und der deutschen Arbeiterbewegung, zu Werken und Biografie von Marx vertraut ist wie kaum jemand anders. Wir erleben im 200. Jahr eine größere Hinwendung junger Menschen, vor allem der studentischen Jugend, zu den Originalwerken des Marxismus. In China ist das Studium der Marxschen Theorie an allen Hochschuleinrichtungen ein Pflichtfach. In Deutschland und den EU-Staaten, wie auch in den USA, bestimmen politische Mehrheiten die Richtung, deren ökonomische Interessen mit Hilfe von Konflikten – auch kriegerischen - im Land und zwischen den Staaten realisiert werden sollen. Das Faustrecht des militärisch Stärkeren ersetzt Verhandlungen und Diplomatie.

Noch fehlt linken Ideen nach dem verlorenen „kalten Krieg“ die Kraft für eine grundlegende demokratische Neuorientierung.

Gesellschaftliche Mehrheiten für eine grundlegende Umgestaltung zu sammeln und zu bewegen, ist marxistische Theorie in Aktion.

Eine Aufgabenstellung, der sich die Teilnehmer der Veranstaltung ganz im Sinne der Sammelbewegung „Aufstehen“ anschließen.

**Reinhard Lehmann**

\*

## Aus der Postmappe

### Aufstehen genügt nicht !

Wer aufsteht, verändert zwar seine körperliche Position vom Liegen in den Stand. Hat er damit aber auch schon seinen Geisteszustand geändert? Ist er vom langen und womöglich auch festen Schlaf schon vollkommen aufgewacht, oder wirken seine Träume nach? Schwankt er noch, benommen durch den schrillen Weckruf „Aufstehen“?

„Aufwachen!“ müsste darauf folgen. Scheinwohlstand, Lethargie, Kapitulation, Duldung und Phlegma sind zu stark dem Nachtschlaf der Bundesbürger wie K.-o.-Tropfen beigemischt. Sie bleiben selbst nach dem „Aufstehen“ müde und träumerisch. Auch jene, denen durch soziale Alpträume ein gesunder Schlaf geraubt wird, reizt „Aufstehen“ nicht sonderlich. Sie möchten lieber liegen bleiben und „sich noch einmal auf die andere Seite drehen“, in der Hoffnung, es gelingt vielleicht doch noch, Ruhe im „zweiten Schlaf“ zu finden.

„Ruhe“ scheint überhaupt das „Zauberwort“ des „deutschen Michel“ zu sein. Er kann sich einfach nicht von seiner Zipfelmütze, die ihn schlaftrunken macht, trennen.

Schlappe Tausend standen auf und kamen am historisch zwiespältigen 9. November 2018 auf den Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor in der bundesdeutschen Hauptstadt, ein Häuflein, in der Mehrheit schon fast dreißig Jahre immer wieder aufgestanden. Mit fünfzigtausend Flugblättern aber waren die Berliner Bürger zum „Aufstehen“ geweckt worden. Wo blieben die restlichen neunundvierzigtausend?

Sie schliefen weiter, oder verbrachten ihre wertvolle Lebenszeit in Warteräumen von bürokratischen Ämtern, vielleicht gingen sie auch in Supermärkten und Kauf-Centern einkaufen, möglicherweise ließen sie sich gerade noch von ihrem „Arbeitgeber“ ausbeuten, oder waren im wohlverdienten Urlaub in „Malle“, der deutsch-spanischen Sonneninsel, vor der aber auch kein Unwetter Halt macht.

Dabei ist der „Aufstehen“-Ruf in die bundesdeutsche Nacht so wichtig und dringend wie eine Alarmsirene wegen eines großen Flächenbrandes. Und es brennt schon lichterloh in Deutschland wie gegenwärtig in Kalifornien oder gar wie vor 1933. Angezündet von der AfD mit dem „Blasebalg der GroKo“ schwelt der politische Brand in fast allen deutschen Bundesländern und droht sich auf den Bundestag, wie in Folge auch auf die Bundesregierung, im kommenden Jahr auszubreiten.

Aber sind Sahra Wagenknecht und ihre linke „Feuerwehr“ stark genug, gegen diesen Brand anzugehen, ihn gar zu löschen? In ihrem „Löschwasser“ ist noch zu viel Luft, die Blasen verursacht. Bedauerlich und unverständlich, dass dafür der „linke Hydrant“ ursächlich ist. Aus ihm fließt kein „sauberes Wasser“ für die Brandlöschschläuche von „Aufstehen“. Der „Hydrant“ ist zu verschmutzt von „Selfie - Schmalz“ und „Talkshow - Kalk“.

Eine Generalreinigung des Hydranten ist nötig. Aber welche der zahlreichen linken Fachwerkstätten macht das, ja kann das? Welche dieser Werkstätten in der Bundesrepublik, oder gar in Europa haben ein von den Massen annehmbares Angebot? Das Werkzeug für eine Grundreinigung ist eigentlich ausreichend vorhanden. Marx, Engels und Lenin bieten es reichlich an und deren Geschäftsbedingungen sind durchweg akzeptabel. Woran also hapert es? An klugen Köpfen, die lesen, schreiben, reden und überzeugen können! Eine Sahra genügt nicht.

**Manfred Wild**

\*

Schon wieder geht ein Jahr zu Ende und das Gefühl, je älter man wird, desto schneller verrinnt die Zeit, kennen wohl viele.

Wir hatten nach einem sehr warmen, sonnigen Sommer auch einen langen, bunten Herbst. Die Tage werden kürzer und an manchem dunklen Nachmittag sind unsere Gedanken bei Vergangenen, Erlebten. An schöne Erlebnisse erinnern wir uns besonders gern.

Und dazu gehören weit vorne die von der TIG Köpenick, namentlich von Manfred Wild, seit nunmehr 15 Jahren organisierten Fahrten jedes Jahr Anfang Oktober.

Entstanden sind sie aus dem Bedürfnis, dem medialen Rummel um den 3. Oktober und den damit verbundenen Hetzreden gegen die untergegangene DDR zu entgehen. Eine Superidee, dass sich gerade zu dieser Zeit Gleichgesinnte treffen und gemeinsam ein paar Tage verbringen.

Die Fahrten, die Manfred gemeinsam mit einem Reiseunternehmen bisher plante und organisierte, führten uns quer durch Europa. Wir lernten viel Neues kennen oder freuten uns an dem Wiedersehen von Bekanntem und bestaunten die zwischenzeitlich erfolgten Veränderungen – oder auch nicht. Und ein besonderes Plus, das kein Reiseunternehmen bieten kann, ist die Atmosphäre, der freundschaftliche Umgang der Reisetilnehmer untereinander. Die Freude, nach einem Jahr Gleichgesinnte wieder zu treffen, beginnt schon bei der Anmeldung der Reise.

Wer wird wieder dabei sein und wer wird, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr mitfahren können. Denn auch an uns nagt der Zahn der Zeit. Die Fahrten locken uns von Sofa und Sessel und wir sind nochmal Akteure in Zeit und Raum und nicht nur Zuschauer.

Und somit ergibt sich automatisch der Wunsch, dass diese Oktober-Fahrten noch lange eine feste Größe in unserem Rentner-Alltag sein mögen.

Die Welt retten wir nicht mehr, aber ein wenig Freude ist gut für unser Wohlbefinden. Und das haben wir uns verdient.

**B. Bonath, Berlin-Pankow**

\*

Als Umsiedler 1946 habe ich aus der Geschichte Deutschlands gelernt, dass die Uneinigkeit der Arbeiterbewegung ihr stets zum Nachteil gereichte. Sie hätte durch gemeinsames Handeln beide Weltkriege verhindern können. Ich erinnere an die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 durch die SPD sowie die Uneinigkeit von KPD und SPD 1933, die die Machtübergabe an Hitler ermöglichte.

Heute stehen wir wieder an einem Scheitelpunkt unserer Geschichte, in der die SPD und die Linken den gleichen Fehler begehen, indem sie die Sammlungsbewegung „Aufstehen“ nicht unterstützen.

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist mit der nur am Profit orientierten neoliberalen Politik unzufrieden. Sie lehnt

die Erhöhung der Ausgaben für Aufrüstung sowie die Teilnahme an Kriegen ab und fordert die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze, mehr Geld für die Bildung und eine bessere Versorgung der Kranken und Rentner, damit die alten Menschen nicht noch einen „Nebenjob“ aufnehmen müssen. Dazu ist aber eine grundsätzliche Veränderung der Regierungspolitik erforderlich.

Trotz großer Versprechungen waren die SPD, DIE LINKEN und die Grünen dazu nicht in der Lage, weil sie ihre eigenen Interessen daran hinderten, die große Masse der Unzufriedenen und Ausgegrenzten hinter sich zu scharen.

Der einzige Weg, um eine dem Volke dienende Regierungspolitik zu erzwingen, ist der Zusammenschluss aller für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz eintretenden Menschen über Parteigrenzen hinweg zu einer festen Einheitsfront – wie er im Programm von „Aufstehen“ angestrebt wird. Damit richtet sich die Sammlungsbewegung nicht gegen diese Parteien, sondern sie schafft das Fundament für dringend notwendige Veränderungen.

Absolut unverständlich ist deshalb, mit welchen „Verrenkungen“ manche Politiker ihre Distanz zu „Aufstehen“ begründen und den Appell erfahrener Politiker wie André Brie und Michael Klein ungehört lassen.

Erfreulich ist jedoch, dass immer mehr Politiker und Persönlichkeiten sowie um unsere Zukunft besorgte Menschen den Mut haben, „aufzustehen“, um eine breite Massenbewegung ins Leben zu rufen, die den künftigen

Wahlen ihren Stempel aufdrückt. Dazu ist es höchste Zeit. Es geht um alles. Es geht um unsere Zukunft.

**Rudolf Höll, Berlin**

\*

## Bei anderen gelesen

An das Zweite Deutsche Fernsehen  
Programmdirektion 55100 Mainz

ZDF Info Programmdirektion  
Frau Nelsen-Minkenbergl als Autorin,  
Februar Film Berlin  
Berlin, 12. Oktober 2018

## Gegendarstellung

In den am 23.9., 24.9 und 29.9.2018 unter dem Titel „Feind ist, wer anders denkt – Geheimnisse der Staatssicherheit“, von ZDF Info gesendeten Beiträgen, sowie inhaltlich gleichermaßen in der Sendung von ZDF- History vom 30. 9. 2018 „Der Krake – Die Geschichte der Stasi“ werden in unsäglichlicher Weise Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR entgegen der Wahrheit und den Tatsachen verleumdet und deren Tätigkeit als Verbrechen, willkürliche Repressionen und rechtswidrige Zwangsmaßnahmen gegen die DDR-Bevölkerung, aber auch gegen die BRD, dargestellt. Als Betroffener bzw. Beteiligter (Interview) dieser Sendungen stelle ich fest und verlange umgehende Richtigstellung bzw. Streichung

## Zwischenruf

Immer diese Jubiläen. Manche können auch lästig werden. So wie dieses mit den 100 Jahren Novemberrevolution in Deutschland. Dank des sofortigen Eingreifens der in diesen Dingen wachsam SPD ist zum Glück für sie und ihre potentiellen Freunde damals keine Oktoberrevolution daraus geworden. Das hätte noch gefehlt!

So war dann auch die Würdigung, oder besser die mehr schamhafte Behandlung dieses Themas in den Konzernmedien mit der Erwähnung eines Stiefkinds vergleichbar, das man zwar hat, aber lieber nicht gehabt hätte.

Doch Moment: Der Gedanke einer Räterepublik, die dünnemals trotzig ihre Knospen in den irritierten Novemberhimmel hielt, ging ja gar nicht verloren. Er igelte sich über die Zeitläufte ein und erhob sein Haupt im Morgengrauen der Bundesrepublik. So sind die Soldaten und Matrosen der Bundesrepublik einer Räterepublik ganz doll nahe! Das Ministerium, welches mütterlich um ihr Wohl besorgt ist, beschäftigt, so wurde allseits mit Verwunderung bekannt, eine Heerschar von Räten in Gestalt von „externen“ Beratern. Diese sollen, zwar ungerne aber dann doch unter dem Zwang des Faktischen Millionenbeträge entgegengenommen haben, um zum Beispiel bei der Büroausstattung fürs mit der Verteidigung des Vaterlandes befasste Institut zu beraten.

Es lässt sich denken, dass bei komplizierteren Dingen als Minen für Kugelschreiber oder Druckerpatronen, also bei richtigen Minen und Patronen oder gar für Panzer, Flugzeuge und was man sonst noch zur Erhaltung des Friedens benötigt, eine solide Beratung unerlässlich ist. Am besten gleich von den Unternehmen, die das Zeug herstellen, nicht wahr?

Frau Ministerin soll selbst erstaunt gewesen sein, was die uneigennütigen Ratgeber aus der Büro- und Waffenbranche so kosten.

Teurer soll jetzt ein Rat sein, wie man das der Steuer zahlenden mäkelnden Öffentlichkeit erklären soll. Aber zur Lösung dieses Problems werden sich mit Sicherheit Lobbyis.. (wieder auf der Taste ausgerutscht!), also Leute finden, die einen wohlfeilen Rat beisteuern können. Wenigstens hier ist auf die Räterepublik und die sie verteidigende SPD wie immer Verlass. **w.k.**

folgender Behauptungen in zukünftigen Sendebiträgen oder anderer Verwendung:

Es wird berichtet, dass die DDR und das MfS zahlreiche faschistische Kriegs- und Menschlichkeitsverbrecher verfolgt hat, die u.a. in Schauprozessen verurteilt wurden. Gleichzeitig habe das MfS solche Verbrecher geschont und für seine Zwecke erpresst. Diese Behauptung ist als erfunden zurückzuweisen.

Unter Bezug auf ein Interview mit mir von Frau Heike Nelsen-Minkenberg, das für den Beitrag nur mit unwesentlichen Aussagen und in starker Kürzung gezeigt wurde, wird behauptet, ich habe bei Verhören von Nazi- und Kriegsverbrechern diese mit Druck und Manipulationen zum Geständnis gebracht. Dazu erkläre ich nachdrücklich, dass solche Untersuchungsmethoden weder von mir und den anderen mir bekannten mit derartigen Ermittlungsverfahren befassten MfS-Untersuchungsführern praktiziert worden sind. Das habe ich auch ausdrücklich Frau Nelsen-Minkenberg im Interview erklärt. Ich habe ihr auch in dem etwa einstündigen Interview (Ton und Film) erklärt, dass vom MfS ausnahmslos alle ermittelten faschistischen Kriegs- und Menschlichkeitsverbrecher verfolgt wurden, soweit strafrechtliche Belastungen vorlagen, ungeachtet der Tatsache, dass einige von ihnen Inoffizielle Mitarbeiter des MfS waren (Fälle Schuster, Frentzel, Kinder u.a.) oder sich in Funktionen des sozialistischen Staates DDR eingeschlichen hatten

(Fälle Langer, Mally, Timm).

In weiteren genannten Beiträgen wird ohne Beweisführung dargelegt, die Mitarbeiter der „Stasi“ verübten Morde, u.a. durch Vergiften und Verblitzen. Es habe Kämpfer mit Mordausbildung gegeben, die „Stasi“ sei am Doping von 15000 DDR- Sportlern beteiligt gewesen und keine Medaille sei ohne Doping errungen worden. Dokumente, Zeugen und andere Beweise wurden für diese erfundenen Behauptungen nicht vorgelegt. Im besten Falle wurden Vermutungen ausgesprochen. Obwohl ich nicht alle Bereiche der Tätigkeit des MfS kennenlernte, kann ich mit gutem Gewissen behaupten, dass von Ihnen als Repressionen bezeichnete Handlungen gegen DDR-Bürger nur dann stattfanden, wenn maßgebliche Gesetzesverstöße gegen die staatliche Sicherheit der DDR vorlagen und bewiesen wurden. Dazu erfolgten Zuführungen, vorläufige und tatsächliche Festnahmen und schließlich Zwangsmaßnahmen wie gerichtliche Verurteilungen, in leichteren Fällen Ordnungsstrafmaßnahmen und Verwarnungen.

Ich verwahre mich auch dagegen, dass in Ihrem Beitrag meine Bemerkung über die cholerische charakterliche Veranlagung von Minister Mielke zusammenhangslos in den Raum gestellt wurde, obwohl ich gegenüber Frau Nelsen-Minkenberg ausführlich dargelegt hatte, dass ich von Mielke wusste, dass er mit hoher Verantwortung, Kraft und Arbeitsenergie für die tatsächliche Sicherheit

der DDR gegen alle Feindanschläge sorgte.

Ich verlange, die von mir dargelegten unwahren und unbewiesenen Behauptungen Ihrer Sendebeträge bei zukünftigen Beiträgen zu entfernen, zum Beispiel in der angekündigten Sendung von ZDF Info am 4.11.2018. Außerdem verlange ich die Veröffentlichung meiner Gegendarstellung im ZDF.

**Reiner Stenzel**

\*

### **„Für friedliche Beziehungen zu Rußland – der Vergangenheit und der Zukunft wegen!“**

Wie uns mitgeteilt wurde, hat eine Gruppe von mehr als 30 bekannten, führenden Vertretern der Partei DIE LINKE unter obigem Titel einen Antrag an die 2. Tagung des 6. Parteitags ihrer Partei am 22. - 24.2.2019 in Bonn eingebracht, der gegenwärtig zur Mitzeichnung von Mitgliedern innerhalb der Partei in Umlauf gebracht worden ist und der dem Parteitag als Beschlussvorlage unterbreitet werden soll.

In seiner Begründung wird in Polemik zum kürzlich veröffentlichten „Russland Papier“ der SPD auf die „Erfordernisse friedlicher Beziehungen zu Russland“ verwiesen.

Der Bedeutsamkeit dieses Dokuments wegen veröffentlichen wir den Volltext dieses Antrags wunschgemäß auf der Internetseite von ISOR) in der Rubrik „Aktuelles/ Aktuelle Friedensaktivitäten.“

**H.B.**

\*

## **Zwischen den Jahren**

Zum Jahreswechsel schweift der besinnliche Blick gern zurück – manchmal weiter, als er soll. So zum Beispiel in den Februar 2017. Da schwebte der nigelnagelneue Wundervogel der Bundeswehr, „A 400 M“, bei Rukla in Litauen ein, auf das Wehrministerin von der Leyen die 150 tapferen Kämpfer begrüße, die sich justament an der russischen Grenze gegen die von dort drohende Unbill eingruben.

Das fliegende Wunder war allerdings für den Rückflug wenig bereit, weshalb die Flugbereitschaft eine optisch nicht so ansprechende „Transall“ in das kalte Vorkriegs-Gebiet (-10 Grad!) entsandte. Dieser Typ fliegt schon seit 1963.

Bei der Hin-Maschine stellte man als Ursache für die Flugunwilligkeit Hydraulikprobleme am (linken!) Triebwerk fest. (Putin?)

Und nun zur vollendeten Gegenwart.

Diesmal spendierte die Flugbereitschaft der Bundeswehr für die Kanzlerin mit ihrer Gefolgschaft einen angemessen ausgestatteten Regierungs-Airbus, dem man die Route nach Argentinien zum „G20“ eingebläut hatte. Von wegen Digitalisierung. Die so genannte Elektronik entschied sich nach einer kurzen Schleife über den Niederlanden, in Köln mit voller Wucht zu landen, im Fachdeutsch als Notlandung bezeichnet. Aber es gab ja auch Linienbusse zum großen Palaver und einem verspäteten Frühstück mit...ja, Putin. Der war mit einer IL 96 pünktlich eingetroffen und hatte gut lachen. (Es käme jetzt noch darauf an, seine Schuld an der 12stündigen Verspätung von Frau Kanzlerin herauszuarbeiten.)

Allein diese aus der Luft gegriffenen Beispiele unterstreichen den Fachkräftemangel, der oft, aber undifferenziert beklagt wird. Wer oder was wird denn benötigt?

Also eine(n) Triebwerkshydraulikspezialist \* \_ / I in mit exzellenten Deutschkenntnissen (Litauisch erwünscht) und der Fähigkeit, ohne materielle Zuwendungen in Deutschland eine mindestens zweijährige Existenz oberhalb von Hartz IV zu bestreiten.

Und dann noch einen Digitalisierer des einen oder anderen oder dritten Geschlechts, der sie es, wenn schon nicht den deutschen Bund, dann doch wenigstens die beiden Fluggeräte dessen Wehr elektronisch aufrüstet.

Das ist wirklich nicht zu viel verlangt und beim Wehretat von schlappen 40 Milliarden sicherlich bezahlbar. Und damit schweift der Blick in die Zukunft. Die kriegen wir demnächst. **Einen Ausblick aber schon auf Seite 8**

**w.k.**

**Lesenswert**

Horst Jäkel (Hsrg.)

**„In unseren Herzen DDR“**

ISBN 978-3-89819-434-1

GNN-Verlag, 19 EUR

Trotz Härte und Schwere des Alltags beim Bewältigen der selbstgestellten Aufgaben und letztendlich – vorläufigen – Niederlage ist das Leben in der DDR in den Herzen und Hirnen der ca. 70 Autoren in der Sammlung von Erinnerungen in diesem Buch. Viele wissen besonders nach dem Ertragen von einem viertel Jahrhundert kapitalistischer „Normalität“, das als großen Wert zu schätzen, was sie in 40 Jahren in der DDR mitgestaltet haben. Persönlich beschrieben lassen sie den Leser am täglichen Erleben der Realität des ersten deutschen Staates, der daranging, eine gerechte, humanistische, sozialistische Gesellschaft aufzubauen, teilhaben. Wir sind dabei – beim Lernen und Studieren; beim täglichen Ringen um hohe Produktionsergebnisse; bei den Schwierigkeiten der Umgestaltung der Landwirtschaft und im größten Obstgarten der Republik; bei der Zusammenarbeit in den Wohngebieten mit Konsum, ABV und WBA.

Durch die Vielfalt der Inhalte, von den in Alter, Herkunft, Beruf verschiedenen Autoren mit unterschiedlichen Schreibstilen offenerherzig dargeboten, fühlt man sich ohne Ausklammern von Problemen und Schwächen hineinversetzt ins pralle Arbeiten, Lernen, Lieben, Freuen, Miteinandersein in der DDR.

HJF

\*

Henry Nitschke

**Die Spionageabwehr der DDR**

Mitte und Methoden gegen Angriffe westlicher Geheimdienste

edition berolina, Berlin 2018

832 Seiten, Preis 20 Euro

ISBN 978-3-95841-092-3

Der Autor berichtet umfassend, mit welchen Schwerpunkten, Mitteln und Methoden die westlichen Geheimdienste gegen die DDR agierten und wie die zuständigen Dienstleistungen des MfS darauf reagierten.

Henry Nitschke sichtet dafür die umfangreichen Aktenbestände der Linie II und zog kompetente Zeitzeugen zu Rate. Besondere Auskünfte und Erinnerungen des langjährigen Leiters der HA II, Dr. Günther Kratsch, bildeten eine wertvolle Ergänzung zu den hinterlassenen Primärquellen. Der unter Pseudonym publizierende Autor berät heute Unternehmen zu Fragen der Sicherheit und des Geheimnisschutzes. **H.B.**

Auflösung von Seite 6:

**Der Zukunft zugewandt**

Herr Peter Weiß, MdB, CDU, freut sich über das beschlossene Rentenpaket der Regierung: „Das ist die besondere Botschaft an junge Leute: Ihr müsst später von eurer Rente nicht verhungern.“

(aus jW v. 9.11.18)

DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**  
Drei Wochen kostenlos  
[www.jungewelt.de/probeabo](http://www.jungewelt.de/probeabo)  
☎ 0 30/53 63 55-50

**jW in Gefahr**  
Abonnieren – jetzt erst recht!

Die „21 Fragen an Behördenchef Jahn“ sind auch über die Website auf: [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) abrufbar.

**Impressum**

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 28.11.2018

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 02.01.2019

Einstellung im Internet: 11.01.2019

Auslieferung: 16.01.2019

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)Redaktion: [Isor-Redaktion@t-online.de](mailto:Isor-Redaktion@t-online.de)Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16